

DGB-Bundesjugendsekretär

Florian Haggemiller

**anlässlich der
Pressekonferenz
am 13. März 2013 in Berlin**

**Thema: Jugendarbeitslosigkeit in
Europa
und Tag der Ansage**

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

die Krise in der Eurozone ist noch lange nicht überstanden. Aus der Bankenkrise ist längst eine soziale Krise geworden:

Das Privatvermögen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung wird immer größer, der Staat dagegen ist ärmer geworden. Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern.

Ich will zuerst auf diejenigen schauen, die die Auswirkungen der Krise noch lange spüren werden – die junge Generation:

Die dramatischen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zwingen zu raschem Handeln. Die desaströse Sparpolitik spaltet Europa. In vielen europäischen Ländern leiden besonders junge Menschen unter den Auswirkungen der Schulden- und Wirtschaftskrise: Fast jeder vierte Mensch in Europa unter 25 Jahren hat keine Arbeit. Allein in Spanien und Griechenland ist inzwischen weit über **die Hälfte** der jungen Menschen arbeitslos. Griechenland führt derzeit die Charts an mit Rekordwerten von fast 60 %. Gefolgt von Portugal mit 38,5 % und Italien mit je 35,1 % und Irland mit 34,5 %. Knapp unter 30 % Jugendarbeitslosigkeit herrscht in Zypern, Bulgarien oder der Slowakei. Der EU-Durchschnitt liegt derzeit bei 23 Prozent. Das ist mehr als doppelt so hoch, wie die Arbeitslosenquote über alle Altersgruppen hinweg (10,7 Prozent).

Junge Menschen in Europa brauchen sichere Zukunftsperspektiven. Der Einstieg in das Berufsleben ist hierbei von zentraler Bedeutung.

Bisher wird ausschließlich über die Situation diskutiert. Es herrscht Ratlosigkeit. Lösungen bisher Fehlanzeige.

Aber auch in Deutschland ist die Lage schwieriger als vielfach dargestellt. Wir reden hier von knapp 270.000 jungen Menschen, die in der sogenannten Warteschleife gefangen sind und von 2,2 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben. Das sind immerhin 15 Prozent dieser Altersgruppe. Sie werden es schwer haben ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Die jetzige und auch die kommende Regierung müssen für diese jungen Menschen endlich etwas tun und sich der Probleme annehmen. Junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung benötigen eine „Zweite Chance“. Es hilft nämlich nichts, wenn man das Problem schön rechnet oder verschleppt. Diese Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems sorgen dafür, dass ein großer Teil von Jugendlichen zunächst aus der Statistik der unversorgten Jugendlichen heraus fällt. Mit zu-

nehmendem Alter der jungen Menschen steigt auch der Anteil der von Jugendarbeitslosigkeit betroffenen in Deutschland stark an. Eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung von März 2011 belegt dies auch: Bei den 15-19-Jährigen sind 4 % arbeitslos. Bei den 20-24-Jährigen sind es 14 % und bei den 25-29-Jährigen sind 17 % ohne Arbeit.

Die Zukunft Europas und die schwierige Situation junger Menschen wird auch im Wahljahr 2013 ein wichtiges Thema sein. Am 16. März, dem „Tag der Ansage“, startet die Gewerkschaftsjugend ihre Kampagne „Jugend macht Ansagen“ und wird einen Politikwechsel für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen von jungen Menschen einfordern.

Wir stehen ein **für eine bessere Ausbildung**. Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und fehlende Betreuung sind für viele Azubis Alltag. In vielen Branchen herrschen schlechte Ausbildungsbedingungen, und oftmals wird gegen klare gesetzliche Regelungen verstoßen.

Wir fordern **gute und sichere Beschäftigung**, da der Berufseinstieg junger Menschen von prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt ist. Wir haben keinen Fachkräftemangel sondern einen Übernahmемangel.

Wenn wir in unseren Betrieben künftig mehr hochqualifizierte Menschen brauchen, müssen wir auch unsere Hochschulen sozial öffnen, um mehr jungen Menschen ein Studium und einen Hochschulabschluss zu ermöglichen. Deshalb stehen wir **für eine gute Bildung** ein.

Das sinkende Leistungsniveau der gesetzlichen Rente belastet auch die junge Generation. Wir fordern deshalb **eine solidarische Alterssicherung**. Eine nachhaltige Rentenpolitik für Jüngere erfordert mehr Weitblick und weniger Wahlgeschenke!

Wir zeigen gerade auch in diesem Jahr allen alten und neuen Nazis die rote Karte. Wir stehen **für eine solidarische und offene Gesellschaft** ein.

Die Zukunft Europas steht auf dem Spiel. Die junge Generation ist der Krisenverlierer. Fast jeder vierte junge Mensch in Europa unter 25 Jahre hat keine Arbeit. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus, ein Kurswechsel muss her. Die desaströse Sparpolitik spaltet Europa. Wir werden auch die Bundestags-KandidatInnen mit unserer Forderung **für ein soziales Europa** konfrontieren.

Mit öffentlichen Aktionen werden wir am kommenden Samstag in Berlin, Frankfurt/Main, Hannover, Nürnberg, Leipzig und Dortmund auf die Probleme und Belange junger Menschen

aufmerksam machen. Die Forderungen der jungen Generation werden laut und deutlich durch die jungen Wählerinnen und Wähler formuliert.

Am 22. September wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Ein Politikwechsel ist angesagt! In Deutschland als auch in Europa.

Herzlichen Dank!